

**Amtsgericht Erfurt**

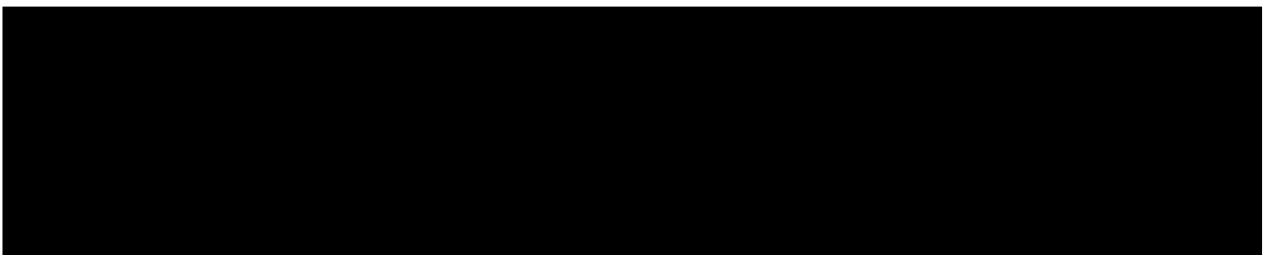
Az.: 5 C 1895/18



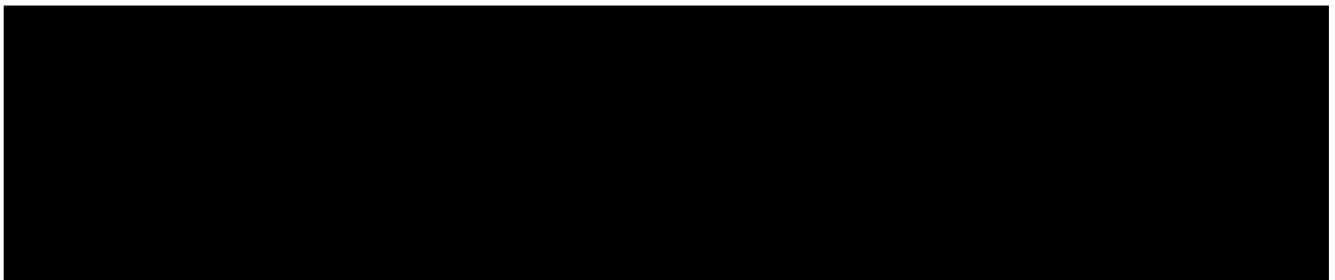
**IM NAMEN DES VOLKES**

**Urteil**

In dem Rechtsstreit



gegen



hat das Amtsgericht Erfurt durch

Richter am Amtsgericht

aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 27.11.2019

**f ü r R e c h t e r k a n n t :**

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 272,50 € nebst Zinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über Basiszinssatz seit 03.02.2018 sowie Kosten vorgerichtlicher Rechtsverfolgung in Höhe von 44,50 € zu zahlen.
2. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

## **Ohne Tatbestand (§ 313a ZPO)**

### **Entscheidungsgründe**

Die Klage hat in der Sache Erfolg.

Der Klägerin steht der geltend gemachte Anspruch wegen restlicher Vergütung gemäß §§ 611 Abs. 1, 398 ff. BGB aus abgetretenem Recht gegenüber der Beklagten zu.

Die Aktivlegitimation der Klägerin ist nach dem auf Hinweis des Gerichtes erfolgten schriftlichen Vorbringen und Vorlage der dort in Bezug genommenen Unterlagen nicht (mehr) in Frage zu stellen.

Die Leistung der Zedentin ist rein dienstvertraglich zu beurteilen; im Rahmen der Ausführung wurde ein bestimmter Erfolg, insbesondere im Sinne einer künstlerischen Schöpfungshöhe, nicht geschuldet.

Insoweit würde ein dienstvertraglicher Vergütungsanspruch nur dann entfallen, wenn die Zedentin ihre Leistung nicht (oder als aliud) erbracht hätte. Hiervon ist nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme in keinem Fall auszugehen. Es ist vielmehr erwiesen, dass die Zedentin ihre Aufführung jedenfalls über einen geraumen Zeitraum in der ursprünglich vorgesehenen einstündigen Darbietung erfüllt hatte.

Soweit die klägerseits benannten Zeugen mitgeteilt haben, das Publikum sei durchaus zufrieden gewesen, die beklagtenseits benannten Zeugen hingegen die Qualität der Darbietung in Abrede gestellt haben, kann dies den Anspruch nicht zu Fall bringen. Selbst wenn

den letzteren Zeugenaussagen zu folgen wäre, vermag dies den Anspruch nicht zu beseitigen. Insoweit gilt, dass „Geschmack stets Geschmackssache“ ist. Wenn die subjektiven Erwartungen von Veranstalter und Publikum nicht erfüllt worden sind, unterfällt dies dem *Risikobereich des Dienstberechtigten* und vermag die Vergütungspflicht nicht zu beseitigen (vgl. auch den Fall, dass eine Konzertaufführung oder Sportveranstaltung „ausgepfiffen“ wird, wobei hier weder der Besucher gegenüber dem Veranstalter noch letzterer gegenüber den Aufführenden Rückforderungsansprüche wird geltend machen können).

Insoweit die Beklagte die Zedentin – an einem im Einzelnen streitigen Zeitpunkt – zum Abbruch der Ausführung veranlasst hatte, geschah dies nach allem auf ihr eigenes Risiko (s. auch § 615 BGB).

Auch ein dem Vergütungsanspruch entgegen stehender Anspruch der Beklagten ist (soweit Aufrechnung unterstellt würde) mangels Vorliegens bzw. Darlegung eines entstandenen Schadens nicht begründbar.

Schließlich ist nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme in keiner Weise zur Überzeugung des Gerichtes nach § 286 ZPO nachgewiesen, dass die Parteien sich in der Folge auf die Zahlung des hälftigen Honorars verständigt hätten. Dies lässt sich selbst der Aussage der Zeugin [REDACTED], die aus Beklagtensicht einzig hierzu eigene Wahrnehmungen beisteuern konnte, nicht entnehmen. Sie hat lediglich bekunden können, dass man der Zedentin eine solche hälftige Zahlung angekündigt habe, woraufhin diese mit Ihrem Begleiter jedoch den Veranstaltungsort schimpfend und „brummelnd“ verlassen habe. Schweigen ersetzt im Rechtsverkehr nach allgemeiner Auffassung jedoch nicht die hier erforderliche Willenserklärung in Form einer *Zustimmung*.

Die geltend gemachten Nebenforderungen (Zinsen, Inkasso-, Mahn- und Auskunftskosten) stehen der Klägerin in gesetzlicher und im Übrigen in vom Gericht als angemessen geschätzter Höhe gemäß §§ 286, 288 Abs. 1 und 4, 398 ff. BGB, 287 ZPO zu.

Prozessuale Nebenentscheidungen:

- § 91 Abs. 1 ZPO (Kosten),
- §§ 708 Nr. 11, 713 ZPO (vorläufige Vollstreckbarkeit).



### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung kann das Rechtsmittel der Berufung eingelegt werden. Die Berufung ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 600 Euro übersteigt oder das Gericht des ersten Rechtszuges die Berufung im Urteil zugelassen hat.

Die Berufung ist binnen einer Notfrist von **einem Monat** bei dem

Landgericht Erfurt  
Domplatz 37  
99084 Erfurt

einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung, spätestens mit Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung der Entscheidung.

Die Berufung muss mit Schriftsatz durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt eingelegt werden. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Berufung eingelegt werde.

Die Berufung muss binnen zwei Monaten mit Anwaltsschriftsatz begründet werden. Auch diese Frist beginnt mit der Zustellung der vollständigen Entscheidung.

Rechtsbehelfe können auch als **elektronisches Dokument** eingereicht werden. Eine einfache E-Mail genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht.

Das elektronische Dokument muss

- mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder
- von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht werden.

Ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen ist, darf wie folgt übermittelt werden:

- auf einem sicheren Übermittlungsweg oder
- an das für den Empfang elektronischer Dokumente eingerichtete Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) des Gerichts.

Wegen der sicheren Übermittlungswege wird auf § 130a Absatz 4 der Zivilprozessordnung verwiesen. Hinsichtlich der weiteren Voraussetzungen zur elektronischen Kommunikation mit den Gerichten wird auf die Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) in der jeweils geltenden Fassung sowie auf die Internetseite [www.justiz.de](http://www.justiz.de) verwiesen.

gez.

  
Richter am Amtsgericht